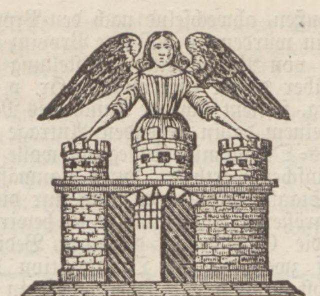
Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh** **Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations-Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post-Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends 5 Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags 10 Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus-Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 12 Dienstag, den 23. Januar 1866.

Landtag.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Zunächst wurde folgender von den Abgeordneten Virchow und Genossen eingebrachte Antrag einer Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, zu erklären: die von dem Ministerpräsidenten in der Eröffnungsrede im Namen der Regierung abgegebene Erklärung über die Vereinigung des Herzogthums Lauenburg mit der Krone Preußen widerspricht deutlichen Bestimmungen der Preußischen Verfassung. Das Haus der Abgeordneten erklärt daher jede Vereinigung von Lauenburg mit der Krone Preußen so lange als rechtsungültig, als die Zustimmung des Preußischen Landtages nicht erfolgt ist".

Ferner wurde der folgende von Dr. Becker und Genossen gestellte Antrag ebenfalls einer besonderen Kommission von 14 Mitglieder überwiesen:

„Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: den zwischen der königlichen Staatsregierung und der Köln-Mindener Eisenbahn-Gesellschaft unter dem 10. August 1865 geschlossenen und durch die Gesetzsammlung (1865 Nr. 44) veröffentlichten Vertrag, betreffend Aufhebung der dem Staate zustehenden Amortisation der Köln-Mindener Eisenbahn-Aktien nach seiner Verfassungsmäßigkeit zu prüfen."

Virchow und Genossen beantragen, die gegen den Abgeordneten Frese in Bielefeld schwebende Untersuchung zu suspendiren. Der Antrag wird zur Schlußberathung gestellt und der Abgeordnete Aßmann zum Referenten ernannt, ebenso der gleiche Antrag Hoverbeck's in Betreff des Abgeordneten Dr. Lüning.

Der Präsident theilte hiernach die Resultate der Kommissionswahlen mit. Vorsitzender der Budgetkommission ist Bockum-Dolffs, stellvertretender Vorsitzender Stavenhagen.

Der Finanzminister brachte hierauf den Staatshaushaltetat für 1866 ein. Die Einnahmen und Ausgaben schließen mit 157,237,199 Thlr. ab, unter den Ausgaben betragen die außerordentlichen 9,304,056 Thlr. Der Minister macht hierauf noch folgende Angaben. Der Etat schließt in Einnahme, abgesehen von Hohenzollern, mit 156,973,670 Thlr., 6,539,996 Thlr. mehr als 1865, ab. Die Netto-Mehreinnahme beträgt 3,764,831 Thlr., nämlich bei den Domänen 132,650 Thlr., bei den Forsten (höhere Holzpreise, Mehrausnutzung von Nutzholz) 657,000 bei den direkten Steuern 504,331. Abgesetzt sind am Gebäudesteuer-Soll 122,824 Thlr. in Folge der Revision der Veranlagung. Ferner sind Mehreinnahmen hervorzuheben: Salzmonopol 48,650 Thlr., Bank 313,000 Thlr., Berg- und Hüttenwesen 512,000 Thlr., Eisenbahnen (vorzugsweise in Folge der Intraden der Köln-Mindener-Eisenbahn) 1,735,000 Thlr. Mindereinnahmen: bei den Zöllen 800,000 Thlr., Weinsteuer 220,000 Thlr., welche aber durch die Mehreinnahme bei den übrigen indirekten Steuern auf 188,000 Thaler vermindert wird; es sind nämlich die Rübenzuckersteuer mit 490,000 Thlr., die Branntweinsteuer mit 115,000 Thlr., die Braumalzsteuer mit 120,000 Thlr., die Mahlsteuer mit 60,000 Thlr., die Schlachtsteuer mit 116,000 Thlr., die Stempelsteuer mit 110,000 Thlr. Mehreinnahme angesetzt. Zu den Mehrüberschüssen treten an Ausgabeersparnissen 495,000 Thaler, so daß im Ganzen 4,374,000 Thaler mehr zur Disposition stehen. Davon kommen auf das auswärtige Ministerium 302,000 Thaler, auf das Finanzministerium über 700,000 Thaler (darunter 500,000 Thaler für Verbesserung des Einkommens der untern Beamten), für Handels- und Justizministerium kleinere Beträge, ebenso für das Kultusministerium (für Elementar-Unterricht 21,000 Thaler), für das Kriegsministerium 1,363,068 Thlr. (darunter: Mehrkosten der Naturalverpflegung 677,600 Thlr., Invalidenpensionen 537,100 Thlr. und andere kleinere Beträge). Für das Marineministerium sind 219,420 Thlr. mehr angesetzt. Unter den Extraordinarien beträgt die Mehrausgabe für das Kriegsministerium 970,000 Thlr. Der Minister hofft, daß diese Mittheilungen und die in Betreff des 6 Sgr.-Zuschlages angekündigte Vorlage die Ueberzeugung von der günstigen Lage der Finanzen begründen werde. — Abg. Twesten beantragt, über die geschäftliche Behandlung des Budgets erst dann zu beschließen, wenn die Vorlage gedruckt in den Händen der Mitglieder sich befindet; da das meiste schon gedruckt sei, so werde dies nur wenige Tage dauern. Osterrath befürwortet im Interesse der Beschleunigung sofortige Ueberweisung an die Budgetkommission; ebenso Stavenhagen. Für den Twesten'schen Antrag sprechen noch v. Hennig, Löwe-Bochum (welcher hervorhebt, daß man zuvor vergleichen müsse, wie das Budget sich zu den vorjährigen Beschlüssen des Hauses verhalte, ehe man sich über die geschäftliche Behandlung entscheide), Faucher (es sei wünschenswerth, daß das Haus der Budgetkommission Instruktionen gebe, in welcher Reihenfolge sie die Etats vor das Haus zu bringen habe). Gegen den Twesten'schen Antrag sprechen v. Bockum-Dolffs (es sei Pflicht des Hauses, den Etat im Einzelnen zu berathen), Reichensperger (man solle sich hüten, die Erwartung extremer Schritte zu erzeugen, welche, wie er hoffe, nicht eintreten würden), Waldeck (das Budget werde gerade so wie früher behandelt werden müssen; das Wesenliche des Inhalts die Stellung des Budgets zur Militärfrage, sei in der Throrrede schon angegeben.) Der Abg. Twesten zog hierauf den Vertagungsantrag zurück und beantragte, das Budget zunächst zur Vorberathung im Hause zu stellen; die Vorberathung habe dann die Generaldebatte in sich aufzunehmen, zu der eine neue Vorlage der Kommission nicht nöthig sei. Außerdem aber glaube er, daß unter den veränderten politischen Verhältnissen, nach den vorjährigen Erklärungen des Finanzministers, nach den Aussprüchen der Thronrede über das Budgetrecht des Hauses, nach der Veröffentlichung des Etats im Staatsanzeiger durch königliche Verfügung, nach den vorgekommenen Uebergriffen in das Recht des Hauses (Vertrag mit der Köln-Mindener Eisenbahn, Lauenburger Angelegenheit) sei das Haus, da die Verfassung thatsächlich außer Wirksamkeit sei, in der Lage, vor Eingehen in die Spezialberathung sich über dte Lage des Landes aussprechen zu müssen. Faucher unterstützt den Antrag von dem Gesichtspunkte aus, daß das Haus vor der Ueberweisung an die Kommission in einer allgemeinen Debatte seine Stellung zum Budget nehmen müsse, damit im Hause sich Meinungen über das Verhältniß der Ausgaben zu den Einnahmen, über die Möglichkeit von Steuerreduktionen bilden oder aussprechen können, die dann beim Schluß der Detailberathung ihre Erledigung finden. Nicht wegen der augenblicklichen Lage, sondern unter allen Umständen müsse eine Vorberathung des Budgets stattfinden, wie es auch anderwärts die Regel bilde. Abg. Waldeck gegen Twesten und Faucher. Wenn Faucher eine allgemeine Debatte wolle, so müsse sie von der Kommission vorbereitet werden. Die düstere Zeichnung der Zustände, wie Twesten sie gegeben, sei richtig, aber die angeführten Fragen würden bei den bereits im Hause eingebrachten Anträgen zur Sprache kommen, im Uebrigen sei die Haltung des Landes gegenüber der gegenwärtigen Regierung und dem Verfassungsrecht klar. Weil die Verfassung verletzt sei, deshalb ein verfassungsmäßiges Recht nicht ausüben zu wollen, sei unrichtig; Verwerfung des Budgets sei Vernichtung und Vertuschung alles dessen, was das Haus in vierjähriger Arbeit klar gestellt habe. Für den Twestenschen Antrag sprechen noch Loewe (Bochum), Schulze-Delitzsch, v. Forckenbeck. Gegen den Twestenschen Antrag sprechen Graf Schwerin, Gneist. Der Twestensche Antrag wurde abgelehnt und das Budget der Kommission überwiesen.

Der Finanzminister bracht hierauf die Verträge mit Anhalt und Luxemburg, die Fortdauer des Anschlusses an das preußische Zoll- und Steuersystem betreffend, ferner den Handelsvertrag zwischen dem Zollverein und Bremen ein. Ueber die geschäftliche Behandlung soll in der nächsten Sitzung beschlossen werden. Der Handelsminister brachte den Handelsvertrag mit Italien und den Schiffahrtsvertrag mit England ein; ferner einen Gesetzentwurf betreffend die Festsetzung des Medizinalgewichts.

Der tiefe Eindruck, welchen die Antrittsrede des würdigen Präsidenten Grabow überallhin gemacht hat, spiegelt sich in allen Berichten wieder — am meisten in den Angriffen, welche Herr Grabow von den feudalen Organen erfährt. Ihnen insbesondere war bei dieser Rede unheimlich zu Muth; denn sie vernehmen aus diesen inhaltsschweren Worten die Stimme des Landes. Da ist aller Hohn und Spott gegen den einfachen, bürgerlichen Oberbürgermeister von Prenzlau nichtig und vergebens. Hier sprach nicht ein einzelner Mann sondern durch seinen Mund das Volk. Darum hat denn die „Kreuzztg." auch keinen andern Trost, als den, daß sie ausruft: „Ach wenn es doch wahr wäre," — was Grabow sagte, daß er „zum letzten Male" dem Rufe der Majorität folgend, den Präsidentenstuhl einnahm. „Auf denselben erhoben, — sagt sie — als die Revolution ihre parlamentarische Laufbahn in Preußen begann, wird und muß er von demselben verschwinden, wenn diese Phase so oder so ihre Endschaft erreicht." „So oder so!" Wer wüßte nicht, welche geheimen Herzenswünsche sie unter dieser unscheinbaren Worten verdeckt. Aber weshalb denn so dunkel? Ist die Zeit noch nicht gekommen, wo diese Herzenswünsche sich ungescheut ans Tageslicht wagen dürfen?

— In der Sitzung am 19. brachte der Abg. Virchow folgenden Antrag ein: „Die in der Eröffnungsrede abgegebene Erklärung der Regierung über die Vereinigung Lauenburgs mit der preußischen Krone wird als den Bestimmungen der Verfassung wiedersprechend, so lange für rechtsungültig erklärt, als die Zustimmung des Landtags nicht erfolgt ist."

Ferner der Abg. Becker: die Verfassungsmäßigkeit des mit der Köln-Mindener Eisenbahn abgeschlossenen Vertrages zu prüfen.

Beide zahlreich unterstützte Anträge werden besonderen Commissionen überwiesen.

Politische Rundschau.

Deutschland. Berlin, den 19. Januar. Die Eröffnungen, welche der Herr Finanzminister bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etatsentwurfs machte, werden nicht verfehlen, im Lande großes Aufsehen zu machen. Wir machen für heute nur folgende Bemerkungen. Der Herr Finauzminister verfügt pro 1866 über eine Mehr-Einnahme von 4 Millionen Thaler, zu welcher die Erhöhung der direkten Steuern und die vergrößerte Ausnutzung der Wälder durch Ausschlagen von mehr Hölzern einen nicht unwesentlichen Beitrag liefert. Und wie will die Regierung diese Mehr-Einnahmen verwenden? Für den Militär-Etat allein, der nach der Meinung des Volkes schon seit Jahren viel zu hoch ist, fordert sie wieder 2¹/₂ Millionen Thlr. mehr. Für die übrigen vielfachen und dringenden Bedürfnisse, für Meliorationen und Communikationsmittel sind immer noch nicht die nöthigen Mittel vorhanden. Für die Erhöhung der geringen Beamtengehälter fordert die Regierung nur die Summe von 500,000 Thlr., obschon 2¹/₄ Millionen nöthig wären, wenn diese Gehälter nur um 10% erhöht werden sollen. Bekanntlich erklärte die Regierung schon 1856 eine Erhöhung für unumgänglich nothwendig und sie nahm in Aussicht 2,800,000 Thlr. zu dem Zweck auszugeben. Und diese Summe ist jetzt nach 10 Jahren noch nicht einmal ausgegeben! Eben so wenig wird den dringenden Bedürfnissen für die Volksschulen entsprochen. Wir glauben, schon diese Betrachtungen werden hinreichen um die Meinung zu begründen, daß die Eröffnungen des Herrn Finanzministers im Lande begreifliches Aufsehen machen werden.

— Die fashionable Welt Breslau's und Schlesiens befindet sich in Folge eines kleinen Conflictes zwischen den Grafen v. Zieten und Guido Henckel in einiger Aufregung. Von Letzterem zu einem Diner eingeladen, entschuldigte sich unser geistreicher Mitbürger, ließ aber zugleich in der „Kreuzzeitung" in der Form von Knüttelversen eine abschlägige Antwort erscheinen, welche ungefähr so lautete:

„Ich halte hoch die Fahne meines Königs,
„Nicht nur in Worten, sondern auch in Thaten;
„Ich speise nicht mit Demokraten."

Wie man sich erzählt, soll dieser poetische Erguß den Herrn Grafen H. zu einer Forderung veranlaßt haben, welche jedoch aus dem Grunde nicht zur Ausführung kam, weil sich unterdeß der Geforderte von der nicht demokratischen Natur seines Gegners überzeugt hatte und seinen Irrthum in einer späteren Nummer der „Kreuzzeitung" eingestand. Ob die Sache damit beendet ist (sagte die „Bresl. Morgenztg.", der

wir die Notiz entnehmen), vermögen wir nicht mitzutheilen.

— In der ersten diesjährigen Versammlung des Deutschen Turnvereins zu Paris hielt Ludwig Simon einen längeren Vortrag über das allgemeine Stimmrecht, welches er als natürliches Recht, als vorzügliches Volks-Erziehungsmittel, als die sicherste Basis einer wahren Erhaltungspolitik und als die beste Gewähr friedlicher Entwickelung vertheidigte. Am Schlusse kam er auch auf die Preßfreiheit, das Vereins- und Versammlungsrecht zu sprechen, ohne deren gleichzeitige Wirksamkeit das allgemeine Stimmrecht seinen Segen nicht geltend zu machen vermöge. Was nütze in der That das allgemeine Stimmrecht, wennn es nicht gestattet sei, auf die Wähler geistig einzuwirken? Dadurch werde die Entwickelung offenbar wieder gehemmt, und es sei nicht zu verwundern, wenn Manche die öffentlichen Freiheiten ohne allgemeines Stimmrecht dem allgemeinen Stimmrechte ohne öffentliche Freiheiten vorzögen. In der That biete ein beschränktes Wählercorps, auf welches uns geistig einzuwirken gestattet sei, unter Umständen mehr Aussicht auf erfolgreiche Entwickelung dar, als ein ganzes Volk, mit welchem uns der geistige Verkehr abegeschnitten oder verkümmeet sei. In Belgien bestehe ein freilich nur sehr geringer Census, und Belgien befinde sich unter der Herrschaft seiner öffentlichen Freiheit in blühender Entwickelung. In England befänden sich allerdings noch fünf Millionen von der Wahlberechtigung ausgeschlossen. Aber daselbst übt die öffentliche Meinung vermittelst der Presse und Versammlungen gerade jetzt wieder einen starken Druck auf das Parlament, und zwar im Sinne der Ausdehnung des politischen Wahlrechts. „Kann sich," so fuhr — nach einem Berichte der „N. Fr. Pr." — der Redner fort, „so allmählich der Kreis der Berechtigung erweitern, so ist der Gewalthat jede Aussicht auf Erfolg versperrt. Das Wesentlichste ist, daß die Möglichkeit der friedlichen Entwickelung gegeben sei; dadurch unterscheidet sich der Entwickelungsstaat vom Beherrschungsstaat. Diese Bezeichnung verdanke ich meinem Freunde Fr. Rödinger in Stuttgart, welcher vor etwa einem Jahre bei Cotta ein vortreffliches Buch „über die Gesetze der Bewegung im Staatsleben" erscheinen ließ — wovon ich mir hiermit erlaube, Ihrem Vorstande ein Exemplar für die Bibliothek des Turnvereins zu überreichen. Darin sind die höchsten Probleme des Menschen- und Staatslebens an der Hand einer reichen Erfahrung, mit Geist und Seelennadel in überzeugendster Weise behandelt. Ich kann das Buch nicht warm genug empfehlen, und erlaube mir auch hinsichtlich der direkten oder indirekten Wahl, der öffentlichen oder geheimen Abstimmung, des Wahlrechts der Frauen, sowie der Vertretung der Minderheiten darauf zu verweisen." Mit den öffentlichen Freiheiten allein, fährt er fort, sei die Sache aber nicht abgethan. Unter Louis Philipp habe Frankreich so ziemlich Alles besessen, was Herr Thiers „die nothwendigen Freiheiten" genannt habe, dagegen nur 250,000 Wahlberechtigte. Und da es nicht möglich gewesen sei, mittelst dieser Freiheiten eine Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigung zu erlangen, so sei die Februar-Revolution ausgebrochen. Und wenn in England das gegenwärtige Parlament die Wahlreform verwerfe, so könne Lord John Russell dasselbe allerdings auflösen. Vielmehr sei es dieselbe geringe Zahl privilegirter Wähler, welche zur Wahl des neuen Parlaments schreite. Wie nun, wenn die herrschenden Klassen in England ihre herkömmliche Weisheit, im rechten Augenblicke nachzugeben,einmal verleugneten — möchlich, daß dann die Ausgeschlossenen sich die Thür vor der Nase zugeschlagen ließen und dennoch ruhig blieben Aber daß auf diese Weise die friedliche Entwickelung gesichert sei, das lasse sich gewiß nicht behaupten. Lebendige, vollständige Entwickelungsstaaten seien nur die Scheiz und Amerika, wo das allgemeine Stimmrecht in Verbindung mit den öffentlichen Freiheiten herrsche. Freilich habe auch die Schweiz im Sonderbundskriege, Amerika in seinem jüngsten Riesenkampfe energische Minderheiten gewaltsam niederschlagen müssen, um den Sieg der Verherrschungs-Idee über die Entwickelungs-Idee zu verhindern. Aber beide, so schloß der Redner, haben ihre Probe glänzend bestanden, und es ist erlaubt, zu hoffen, daß diese heilsamen Beispiele der alten wie der neuen Welt nicht verloren gehen werden.

— Die Verhandlungen des Landes-Oekonomie-Kollegiums haben ihren Anfang genommen. Unter den Verhandlungs-Gegenständen nennt die „Voss. Ztg." eine Vorlage, ob es nicht zweckentsprechend wäre, mit Rücksicht auf die Rinderpest in allen Provinzen, wie das in einigen östlichen bereits geschehen ist, Zwangs-Versicherungs-Verbände zu bilden, durch welche den betreffender Landwirthen ihr aus Sanitätsgründen getödtetes Vieh ersetzt wird; dann eine Vorlage wegen der Trichinenkrankheit und schließlich ein Antrag wegen Erfindnng einer landwirthschaftlichen Maschine. — An der Spitze der sämmtlichen Vorlagen steht der Antrag der Stände des Bütower Kreises auf allgemeine Einführnng der Erhebung der Schlachtsteuer nach dem Lebendgewicht des Schlachtviehes, statt nach der Stückzahl. — In Bezug auf diesen Antrag hatte der Minister der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Gutachten eingefordert. Sämmtliche Berichte, obschon sie die Ungleichheit der Steuer-Vertheilung anerkennen, die in der Erhebung nach Stücken Schlachtviehs liege, halten es dennoch für anräthlich, bei der jetzigen Praxis der Besteuerung zu verbleiben. — Eine zweite Vorlage betrifft die Verminderung der landwirthschaftlichen Ausstellungen. In der Angelegenheit an das Landes-Oekonomie-Collegium spricht sich der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten dahin aus, daß jährlich 2 größere landwirthschaftliche Ausstellungen in Preußen, abwechselnd nach den Provinzen, ausreichend sein würden, so daß jede Provinz nach 4 Jahren wieder von Neuem eine Ausstellung hätte. Der Referent über diesen Gegenstand, Hr. v. Nathusius-Hundisburg, schließt sich der Ansicht des Ministers an, und fügt seinem dahin gehenden Antrage noch hinzu, das Landes-Oekonomie-Collegium wolle aussprechen, daß es wünschenswerth sei, durch planmäßige Vertheilung der Staatssubventionen nicht nur die Verminderung der größeren Ausstellungen zu bewirken, sondern auch an die Gewährung derselben Bedingungen in Bezug auf zweckmäßigere Organisation der Ausstellungen selbst zu knüpfen; ferner, daß in Bezug auf die kleineren Lokal-Ausstellungen Beschränkungen ähnlicher Art, wie sie für große Ausstellungen wünschenswerth erscheinen, nicht motivirt sind. — Eine dritte Vorlage bezieht sich auf die Aufhebung der sogenannten Wuchergesetze, einen Gegenstand, der von den verschiedensten Seiten bereits angeregt und besprochen worden ist. Der Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hatte Veranlassung genommen, in dieser Frage ans den landwirthschaftlichen Kreisen Gutachten einzusenden. Es sind 14 Gutachten eingegangen, von welchen sich für die unbedingte Aufhebung der Beschränkung des Zinsfußes: 1) der Central-Verein für Ostpreußen, 2) der Central-Verein für Littauen und Masuren, 3) der Central-Verein für Westpreußen, 4) die Centralstelle für Landwirthschaft und Gewerbe zu Sigmaringen und 5) der Bauernverein des Saalkreises ausgesprochen haben. Für bedingungsweise Aufhebung erklärten sich: 1) der Central-Verein für den Netzdistrikt, 2) der Central-Verein für den Regierungsbezirk Frankfurt und 3. dtr Hauptverein in Paderborn. Dagegen beantragten die Aufrechterhaltung der Beschränkung: 1) der Hauptverein zu Münster, 2) der Central-Verein zu Potsdam, 3) der Schlesische Central-Verein, 4) der Baltische Verein, 5) der Minden-Ravensberg'sche landwirthschaftliche Hauptverein und 6) der Dorf-Verein zu Tranz. — Außerdem hat der Central-Verein für Sachsen, sich heziehend auf einen früheren motivirten Bericht, angezeigt, daß von 11 Zweigvereinen sich vier für unbedingte Aufhebung, drei für eine bedingte nnd vier für die Aufrechterhaltung ausgesprochen hatten. Der Referent des Kollegiums über diesen Gegenstand, General-Landschafts-Director v. Rabe, schlägt dem Pleuum vor, „sich für Aufrechthaltung der Beschränkung des gesetzlichen Zinsfußes auszusprechen." Sollte jedoch dieser Ausspruch nicht beliebt werden, „sich auszusprechen für Aufrechterhaltung der Beschränkung für den Hypotheken-Kredit bis dahin, daß durch eine verbesserte Hypotheken-Ordnung, durch Erweiterung der ländlichen Kredit-Institute und Einrichtung von Tilgungskassen die Gefahr, welche aus deren Aufhebu ng dem Grundbesitz erwachsen könnte vermindert werde.' — Der Correferent, Rittergutsbesitzer v. Herfort stellt, den Prinzipal-Antrag: „Die Staatsregierung zu ersuchen, eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, wonach bei Nichtkaufleuten der Zinssatz für Darlehne auf kurze Frist, wie überhaupt von Disconto-Geschäften, an das Disconto der Königlichen Bank gebunden ist, wenn dasselbe den landesüblichen Zinssatz überschreitet. Der eventuelle Antrag des Hrn v. Herfort geht dahin: „Die Staatsregierung zu ersuchen: 1) Durch Deklarirung des Art. IV. und des § 272 des Handels-Gesetzbuches Grundbesitzer, welche in Verbindung mit der Lardwirthschaft Zuckerfabriken oder Brennereien zum hohen Steuersatz betreiben, den Kaufleuten gleich zu achten. 2) Eine Gesetzesvorlage vorzubereiten, nonach von Nichtkaufleuten andere wie gesetzliche Zinsen nur durch schriftlichen Vertrag stipulirt werden dürfen und daß jeder Schuldner das Recht hat, was durch keine Vertragsklausel zu alteriren ist, schon nach 6 Monaten dem Gläubiger zu kündigen ohne daß derselbe der Kündigung widersprechen darf. — Außerdem bringt der Correferent den Antrag ein: „die Kgl. Staatsregierung zu ersuchen, vorbereitend für eine dermaleinstige Aufhebung der Wuchergesetze darauf Bedacht zu nehmen: 1) auf die Einrichtung landwirthschaftlicher Kredit-Institute überall da in den Provinzen, wo dieselben zur Zeit noch fehlen; 2) auf die Reorganisation des Hypothekenwesens und namentlich die Erleichterung hypothekarischer Eintragung und endlich 3) auf die Errichtung einer größeren Zahl von Bank-Kommanditen und Privat-Bankanstalten.

Oesterreich. Von der Antrittsrede des Präsidenten Grabow interessirt die Wiener Blätter am meisten der auf die auswärtige Politik Bezug nehmende Passus. Die „N. Fr. Pr." äußert sich; „Zum Schlusse räth Grabow das unverweilte Einschlagen in die Bahn einer freisinnigen Entwickelung, ehe es zu spät ist, ehe Preußen durch Oesterreich überholt wird. Diese letztere Aeußerung Grabow's zeigt uns gleich den Punkt, worin alle Parteien in Preußen einig sind: die Rivalität mit Oesterreich. In der That wären die preußischen Bestrebungen in Deutschland minder gefährlich, wenn in Oesterreich die innere Frage gelöst wäre. Aber auf dem bei uns eingeschlagenen Wege fürchten wir, daß nicht wir Preußen, sondern Preußen uns überholt. Dort liegt die innere Frage sehr einfach, aber wie ist der Knoten dagegen bei uns vielfach verschlungen!" Der „Presse", die alle bundesstaatlichen Aspirationen in die Bau gethan hat, erscheint die darauf Bezug nehmende Stelle in der Rede höchst verwerflich und verkehrt. Die gothaische Idee der bundesstaatlichen Einigung Deutschlands unter Preußens Führung habe sich gottlob überlebt; Süddeutschland werde nimmer in einen solchen Bundesstaat eintreten. Die Süddeutschen kennen nur einen vernünftig gegliederten deutschen Staatenbund. Die Idee des Bundesstaates drohe die gegenwärtige Ohnmacht und Zersplitterung Deutschlands zu verewigen. Die offiziöse „Debatte" ihrerseits findet auch vom österreichischen Standpunkte aus nichts dagegen zu erinnern, wenn Preußen durch Achtung des Rechtes moralische Eroberungen in Deutschland machen wolle. Dies könne Niemandem verwehrt sein und an Oesterreich werde es alsdann sein, sich von Preußen nicht überholen zu lassen und ebenfalls der moralischen Eroberung die Ehre zu geben. Und Oesterreich habe es in dieser Beziehung um vieles leichter, als Preußen, weil letzteres erst einen Abweg verlassen müsse, um auf den Weg zu gelangen, den Oesterreich schon längst vertreten habe. Der Wetteifer, der dann die beiden deutschen Großmächte beseelen müsse, werde der Welt ein erhabtes Schauspiel bieten, und das deutsche Volk könne nur dabei gewinnen.

Italien. Das Tuilerien-Cabinet hat von den Befürchtungen, welche der Papst beim Neujahrsempfange der Französischen Offiziere wegen des Schicksals Roms nach Abzug der Franzosen aussprach, Anlaß genommen, der Italienischen Regierung neuerdings zu eröffnen, daß die September-Convention die Unabhängigkeit des Papstes sichere, und daß die Italienische Regierung die Integrität des Päpstlichen Gebietes zu verbürgen verpflichtet sei. Frankreich werde weder eine Verletzung noch eine Veränderung der September-Convention gestatten. Der Italienische Minister-Präsident soll hierauf in einer Note dem Tuilerien-Cabinette in befriedigender Weise geantwortet haben. Wie General Lamarmora den hiermit gewissermaßen ausgesprochenen Verzicht auf Rom vor dem gegenwärtigen Italienischen Parlamente rechtfertigen will, wird abzuwarten sein. Klar scheint nur, daß eine Regierung, welche sich in solcher Weise engagirt, entweder das Parlament beseitigen, oder einem anderen Cabinette Platz machen muß.

— Der neue Italienische Justizminister, de Falco, hat den Gesetzentwunf, betreffend die Reorganisation des Verhältnisses der katholischen Kirche zum Staat, vertheilen lassen. Danach werden alle geistlichen Orden, Congregationen und religiösen Corporationen und Seminarien, mit höchst unbedeutenden Ausnahmen, aufgehoben. Die 3- bis 400 Erzbisthümer und Bisthümer werden auf 72 herabgesetzt. Fünf Erzbisthümer werden mit je 24,000 Lire, 13 mit je 18,000 und 53 Bisthümer mit je 12,000 Lire jährlich dotirt. Ein einziger Bischof erhält nur 8000 Fr. Gehalt. In demselben Verhältnisse sind die Besoldungen der Capitelsmitglieder geordnet. Alle Kirchengüter, mit Ausschluß der Kirchen und zum Cultus bestimmten Gebäude, werden verkauft und der Ertrag hieraus in Renten angelegt, welche zur Bestreitung der Kosten für den katholischer Cultus im Königreiche dienen sollen. Von diesen Maßregeln sind namentlich ausgenommen die im Art. 16 des Züricher Vertrages bezeichneten, in der Lombardei befindlichen religiösen Corporationen.

Spanien. Das Schweigen über Prim wird immer curioser, ja man fängt bereits an, diese stereotype Flucht desselben für eine einfache Revolutionirung des Landes durch denselben zu halten, nachdem Madrid und Barcelona sich auf das Warten verlegt haben. Es ist bekannt, daß reiche Gutsbesitzer in der Sierra Morena dort bereits den Aufstand organisirt haben. Es ist nun wohl möglich, daß die Bewegung Prim's nach dem Süden zu keinen andern Zweck hat, als diese Provinzen zum Centrum zu nehmen. Der „Temps" spricht davon, daß die Aufregung in Catalonien und Madrid wieder im Zunehmen begriffen ist, und der Correspondent des „Avenir National" spricht bereits von dem Ausbruche neuer Aufstände. Derselbe schreibt folgendermaßen: „In Madrid herrscht fortwährend Ruhe, wenigstens dem Anscheine nach; aber unsere Privatnachrichten, die leider nicht immer wahrheitsgetreuer waren, als die der Regierung, bekunden heute die Zunahme einer ernsthaften Aufregung in mehreren Provinzen, welche auf der sonst so glatten Stirn O'Donnells Runzeln hervorruft. Man spricht von Aufständen verschiedener Besatzungen, von Armeecorps, die auf dem Marsche sind, um zu Prim zu stoßen. Ja, man versichert seit einigen Tagen mit einer Beständigkeit, die mich das Gerücht mitzutheilen berechtigt, daß der Uebertritt nach Portugal und die dortige Entwaffnung des Bataillons von Avila nur eine Erfindung sind. Was an allem diesem Wahres ist, kann ich nicht sagen, aber die so oft constatirte Falschheit der ministeriellen Siegesgesänge macht alle der Insurrectionssache günstigen Vermuthungen um so wahrscheinlicher."

Amerika. Aus Neworleans wird berichtet, der amerikanische General Crawford sei in Brownsville angekommen und habe die Ermächtigung eine amerikanische Truppenabtheilung für die mexikanische Republik anzuwerben; in Brownsville und andern texanischen Städten habe er bereits Werbebureau's eröffnet. Die Unionsbehörden hätten sich in diese Vorgänge nicht eingemischt. Einem Gerüchte zufolge ständen die Generale Logan und Wallace mit diesem Unternehmen in Verbindung und der kaiserliche General Mejia soll schon seine Maßregeln gegen einen Angriff seitens Crawfords getroffen haben. — Newyork, 10. Januar. Staatssekretär Seward hat an den Gesandten der Vereinigten Staaten in Paris, Herrn Bigelow geschrieben, es sei, falls Frankreich Mexiko nicht verlasse, für die freundschaftlichen Beziehungen Gefahr vorhanden. Amerika werde den Kaiser Maximilian nicht anerkennen, selbst wenn Frankreich sich zurückzieht. Die Regierung der Vereinigten Staaten verbürge sich keineswegs dafür, die Konsolidirung des mexikanischen Kaiserreiches nicht zu verhindern.

Provinzielles.

Gollub, d. 19. Januar. (G. G.) In vergangener Woche wurde in der Schonung zu Oberförsterei Gollub eine gut eingerichtete Diebshöhle entdeckt und ein Bewohner derselben, der gerade gemüthlich mit dem

Braten eines Stück Fleisches von einer Nachts vorher gestohlenen Kuh beschäftigt war, darin betroffen. Der eigentliche Entdecker der Spelunke war der Stier des dortigen Oberförsters, welcher, während er zur Tränke getrieben wurde, Witterung von dem geschlachteten Vieh in der Schonung bekam und an der Stelle mit Gebrüll verweilte, wodurch der Hirt der Höhle zugeführt wurde. Er holte Leute herbei, und es gelang, wie gesagt, einen der Spitzbuben dingfest zu machen.

Marienwerder, den 16. Januar. In neuester Zeit sind die Verordnungen der hiesigen Königl. Regierung vom Jahre 1856, betreffend die polizeiliche Anmeldung neu angezogener Personen, wesentlich verschärft worden. Die älteren Bestimmungen, wonach die Anmeldung schon vollständig war, wenn der betreffende Neuangezogene von dem Ortsvorsteher (Schulzen und dgl.) einfach in der Gemeinde-Civilliste notirt war, genügen nach der neuern, Seitens der Königl. Landraths- und Domainen-Rentämter den Ortsvorständen zugegangenen Anordnung fortan nicht mehr, vielmehr ist jeder Schulze bei bedeutender Strafe verpflichtet, bis zum 5. eines jeden Monats eine Nachweisung der je Neuangezogenen dem Königl. Domainen-Rentamte, resp. eine Vakatanzeige, einzureichen. Daß durch diese Maßregel nicht uur den Ortsvorstehern eine wesentliche Mehrarbeit erwächst, sondern auch die Bureauarbeit der Rentämter eine schwerere wird, liegt auf der Hand, und es fragt sich, ob durch einen so bedeutend complicirteren Apparat die öffentliche Sicherheit gegen früher gewinnen wird.

Marienburg, den 18. Januar. Das Gesuch des Magistrats an das Kriegsmintsterium um Ueberlassung der aus der Zeit der deutschen Ordensritter stammenden Festungswälle und Gräben Behufs Beschaffung von Baustellen ist leider abschläglich beschieden worden; doch soll nach einiger Zeit der Autrag wiederholt werden und hofft man dann den gewünschten Erfolg zu erreichen. Da die Rayonbeschränkungen kürzlich aufgehoben worden, haben auch diese alten Wälle ihren Werth als Befestigungen verloren; sie bleiben aber ein großes Hinderniß für die Entwickelung der innern Stadt, die äußerst zusammengeengt und deren Verbindung mit den Vorstädten durch die alten Festungswerke sehr erschwert ist.

Dirschau, den 15. Januar. Die Creditgesellschaft A. Preuß zeigt in ihrer so eben veröffentlichten Geschäfts-Uebersicht vom 1. Juli bis zum 31. Decbr. 1865 eine Einnahme von 111,272 Thlr. 21 Sgr. 8 Pf. eine Ausgabe von 110,067 Thlr. 11 Sgr. 8 Pf., Kassenbestand am. Jan. c. 1205 Thlr. 10 Sgr; die Wechselbestände im Portefeuille waren am 1. Januar c. 19,262 Thlr. 29 Sgr 6 Pf. — Die öffentliche Verloosung des von Frl. M. Preuß gefertigten und der Samborstiftung geschenkten Oelgemäldes findet am 30. Jan. c. statt. Von der Kämmereikasse sind noch Loose à 10 Sgr. zu beziehen.

Aus Ostpreußen. Die Agitation gegen die Maßnahmen der Direction der ländlichen Feuer-Versicherungs-Societät hat in unserer Gegend bereits eine großartige Dimension angenommen. Diese Angelegenheit wurde bekanntlich dadurch auf die Tagesordnung gebracht, daß die Direction die extraordinairen Beiträge pro 1865 bereits im Laufe des Jahres 1865 ausschreiben undeinziehen ließ, während dieselben statutengemäß erst nach Abschluß der Rechnung pro 1865, also im Jahre 1866 eingezogen werden durften. Abgesehen von diesem formellen Bedenken erregte diese Maßregel um so heftigeren Protest, als die diesjährigen Ernteergebnisse so schlecht sind, daß die Leistungsfähigkeit der Grundbesitzer billiger Weise auf jede mögliche Art hätte geschont werden sollen. Nachdem alle Vorstellungen bei der Direction selbst ohne Erfolg geblieben, wurden in Insterburg zahlreich besuchte Meetings in dieser Angelegenheit abgehalten und obwohl dieselben von der Polizeibehörde überwacht und selbst in einem Falle wegen nicht rechtzeitiger Anmeldung verhindert wurden, ist diese Sache nunmehr in Petitionen über Petitionen dem Herrn Ressortminister zur Entscheidung unterbreitet worden. Das Bestreben der Betheiligten ist darauf gerichtet, die Direction und Verwaltung der Societät der Verwaltungsbehörde aus der Hand zu nehmen und dieselbe durch Delegirte aus den Kreisen der Betheiligten überwachen zu lassen.

Heiligenbeil. Das „Heiligenbeiler Kreisblatt" bringt folgende Erlasse: Mit Bezug auf meinen Kreisblatts-Erlaß vom 20. Dezember 1865 mache ich bekannt, daß außer einem Schweine in Schönrade und einem solchen in Grünwiese, welche Thiere durch mikroskopische Untersuchung als trichinenkrank erkannt und tief vergraben worden sind, in Nommenhausen, zu Macaunen gehörig, in Folge Genusses trichinenhaltigen Schweinefleisches jetzt die Trichinenkrankheit unter den Menschen ausgebrochen ist. — Der Kämmerer Bergin, seine Frau, sein Kind und das Dienstmädchen, welche Wurstfleisch gegessen, sind schwer erkrankt und haben die größten Schmerzen auszuhalten. — Wiederholt fordere ich die Kreiseingesessenen auf, die geschlachteten Schweine untersuchen zu lassen, um sich vor solchen Leiden zu bewahren. Die Orts-Vorstände ersuche ich, meine diese Angelegenheit betreffenden Erlasse den Eingesessenen schleunigst zur Kenntniß zu bringen.

Zinten, 16. Januar 1866. Der Landrath.

Posen, den 18. Januar. (Brb. Ztg.) Der polnische Adel in unserer Provinz wendet sich immer mehr industriellen Unternehmungen zu. Wir haben bereits eine Genossenschaft zur Betreibung des Commissions- und Banquir-Geschäfts unter der Firma Chlapowski, Bninski, Plater u. Comp., eine andere zur Begründung der Dampfschifffahrt auf der Warthe unter der Firma Potulicki, Szczoniecki u. Comp. Zu beiden Genossenschaften ist unlängst eine dritte unter der Firma Kowalski und Siegmund Niegolewski hinzugetreten, welche in dem 1 Meile von Posen entfernten Dorfe Marcellino eine großartige Seifenfabrik gegründet hat. Die neue Fabrik wird in der Stadt Posen vom 1. k. M. an eine große Niederlage ihrer Fabrikate halten.

— Der im neuesten Polenprozeß wegen Hochverrath vorbereitender Handlungen verurtheilte Landwehr-Lieutenant Zorawski ist jetzt, nach der „Pos. Ztg.", vom militärischen Ehrengericht „wegen grober und wiederholter Ausschreitungen gegen seine Standespflichten" vom Offiziercorps ausgeschlossen worden. Das Urtheil ist vom Könige bestätigt.

Lokales.

— **Handwerkerverein.** Am Sonnabend d. 20. d. wurde das — siebente — Stiftungsfest im Saale des Hrn. Hildebrandt durch ein bescheidenes Abendessen gefeiert, an welchem sich eine sehr zahlreiche Gesellschaft betheiligte. Vor Beginn der Feier stattete der Vereins-Schriftführer Herr K. Marquart den Jahresbericht p. 1865 ab. Aus demselben heben wir folgende angemein interessante Notizen hervor: An den Donnerstags-Versammlungsabenden sind in der Zeit v. 26. Jan. v. J bis zum 11. Januar d. J. mit Ausschluß der Ferien, welche um Mitte April begannen und bis Mitte Septbr. dauerten, 33 Vorträge gehalten worden, davon 15 über historische, geographische und etheographische, 14 über naturwissenschaftliche und industrielle, 2 über rechtswissenschaftliche und 2 über medizinische Themata. Vorträge hielten die Herren: Lehrer Appel, Gymnasiall. Böhtke, Dr. Brohm, Apothek. Hornemann, Stadtr. Joseph, prakt. Arzt Dr. Kutzner, Kreisr. Lesse, Liter. C. Marquart, Apoth. Neumann, Konrekt. Ottmann, Dir. Dr. A. Prowe, Kfm. G. Prowe, Ober-Telegraphist Schaumburg, Apoth. Spiller, Lehrer Schirmer u. Lehrer Dr. Martin Schultze. Von Auswertigen hielten im Verein Vorträge die Herren: Mechanikus Schmidt, Rhetor Palleske und der Physiker Taschefsky. — Der Fragekasten wurde im Jahre 1865 stärker denn je zuvor benutzt und kamen im Durchschnitt 3 Fragen an jedem Versammlungsabend zur Erörterung, welche sich in überwiegender Mehrzahl auf gewerbliche Gegenstände bezogen. — Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des v. J. 386, weniger 22 als ult. 1864. Die Ausgeschiedenen sind junge Gewerbetreibende, welche Thorn verlassen haben, und werden dieselben voraussichtlich durch neue Mitglieder bald ersetzt sein. — Die Finanzen des Vereins befinden sich in gutem Zustande. Die Einnahme betrug 527 Thlr, die Ausgabe 484 Thlr., von welchen 229 Thlr. zu Schulzwecken, 44 Thlr. für die Bibliothek und Zeitschriften, und 37 Thlr. für die Liedertafel, also über 310 Thlr. zur Pflege geistiger Interessen verausgabt worden sind. — Die Vereinsbibliothek ist wiederum ansehnlich vermehrt und zählt nunmehr über 750 Bände. Sie wird stark benutzt. Das Ausleihen findet bekanntlich an jedem Donnerstage statt. — Die Handwerkerlehrlingsschule ist sehr in Aufnahme gekommen; sie wird von 125 Schülern besucht, welche auf 2 Klassen vertheilt sind und in der deutschen Sprache, im Schönschreiben, Rechnen und Zeichnen unterrichtet werden. Der Fleiß und das Betragen der Schüler sind nach Ausspruch des Konrektors Ottmann, des Dirigenten der Anstalt, anerkenneswerth. Wie das Interesse der Meister, so ist auch das Interesse der Lehrlinge für die Anstalt im Laufe der Jahre gestiegen und die letzteren — ein in vielen Beziehungen höchst erfreuliches Zeichen — drängen nun zum Besuch der Schule. — Die neugestiftete Fortbildungsschule für Gesellen wird zur Zeit von 12 Gesellen besucht. Die Frequenz auch dieser Anstalt wird sich steigern, sobald für dieselbe die Meister, was zu erwarten steht, ein Interesse nehmen, was ihnen ihr persönlicher Vortheil anräthig macht. — Die Festfeier hatte wiederum den Geist, nud Gemüth anregenden Charakter wie in den Vorjahren. Gesänge und Toastreden, ernsten und humoristischen Inhalts wechselten in unterhaltender Weise ab. Von letztern heben wir hervor die des Herrn Kreisrichter Lesse, in welcher derselbe die humane Tendenz des Vereins darlegte, die des Herrn Konrektor Ottmann auf Deutschland; — Herr G Prowe brachte unserer Stadt, Herr Bäckermeister Schütze unseren Mitbürger und Landtagsabgeordneter Herrn G. Weese und Herr Dr. Brohm den Frauen ein Hoch aus.

Am n. Donnerstage d. 25. d. Vortrag des Herrn Konrektor Ottmann über die Nordpol-Expeditionen; — Vorlage der Vereinskassen-Rechnung p. 1865 und Wahl der Commission zur Rechnungs-Prüfung.

— **Musikalisches.** Das musikalische Thorn verfehlen wir nicht, abermals auf das heute, d. 23. Ab. 7 U. in der Aula stattfindende Konzert aufmerksam zu machen, in welchem Marschner's „Hans Heiling" zur Aufführung kommt.

Amtliche Tages-Notizen

Den 21. Januar. Temp. Wärme 2 Grad. Luftdruck 28 Zoll 1 Strich. Wasserstand 1 Fuß 1 Zoll.
Den 22. Januar. Temp. Wärme 4 Grad. Luftdruck 28 Zoll 5 Strich. Wasserstand 1 Fuß 7 Zoll.

Inserate.

Alle im Orte domicilirendeu oder sich aufhaltenden, zur Gestellung vor die Ersatzbehörden verpflichteteu Militärpflichtigen, welche im Jahre 1846 geboren, oder älter sind, aber noch keine endgiltige Endscheidung über ihre Militärverhältnisse erhalten haben, werden hiermit aufgefordert, sich in der Zeit von jetzt bis zum 1. Februar d. J. unter Vorzeigung ihres Geburts- resp. schon erhaltenen Loosungs- und Gestellungsscheines in den Dienststunden im hiesigen Einqartirungs-Büreau im Rathhause zur Eintragung in die Stamm-Rolle zu melden, widrigenfalls sie nicht nur mit einer Geldbuße bis zu 10 Thlr. event. verhältnißmäßigen Gefängnißstrafe belegt werden, sondern auch nach den Vorschriften der §§ 168 und 169 der Ersatz-Instraction vorzugsweise zum Militärdienste herangezogen werden. Im Falle einstweiliger Abwesenheit einzelner Militärpflichtiger muß diese Meldung von den Eltern, Angehörigen, Vormündern, Lohn-, Brod- und Fabrikherren p. p. unter Vorlegung der gedachten Bescheinigungen rechtzeitig in dem angegebenen Termine erfolgen, zur Vermeidung der im § 7 der Polizeiverordnung vom 9. Januar 1860 angedrohten Strafe event verhältnißmäßiger Gefängnißstrafe.

Thorn, den 20. Januar 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Zur anderweiten Verpachtung der Brückengeld-Erhebung von jetzt ab bis zum 31. Dezember 1866 haben wir auf

Donnenstag, den 1. Februar cr.
Nachmittags 5 Uhr

inen Licitationstermin anberaumt.

Thorn, den 20. Januar 1866.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Donnerstag, den 25. d. Mts.
Vormittags 11 Uhr

sollen auf dem Hofe des Rathhauses vier in der städtischen Forst geschossene Rehböcke öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Thorn, den 22. Januar 1866.

Der Magistrat.

Ordentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Mittwoch, den 24. Januar cr. Nachm. 3 Uhr.

Tagesordnung: 1) Neuwahl des Magistrats-Dirigenten; — 2) Die Brücken-Rechnung pro 1863; — 3) Gesuch des Lehrers Piatkowski um Erhöhung der für die Schule auf der Jakobs-Vorstadt ausgesetzten Entschädigung für Brenn-Material; — 4) Mittheilung des Magistrats über die interimistische Besetzung der Mechanikerstelle beim Aichungsamt; — 5) Mittheilung des Magistrats über die Metz'sche Feuerspritze; — 6) Antrag des Magistrats wegen einer Remuneration für die Beaufsichtigung der städt. Jahrmarktsbuden; — 7) Antrag des Herrn Adolph wegen Verbesserung eines Weges neben der Chaussee nach der Mocker, so wie des Weges auf der Bromberger-Chaussee; — 8) Die berichtigte Wählerliste; — 9) Rechnung über den Bau der rechten Weichselbrücke; — 10) Antrag des Magistrats wegen des Vertrages desselben mit der Königl. Garnison-Verwaltung über die Räumung des Hauptwachlokals; — 11) Antrag des Magistrats wegen Gehaltserhöhung für den Inspektor wie für den Buchhalter der Gasanstalt; — 12) Antrag des Magistrats wegen Ertheilung des Zuschlags zu der Mindestforderung des Zimmermeister Engelhardt für den Bau des Schulgebäudes auf der Bromberger-Vorstadt; — 13) Antrag des Maurermeisters Schwartz wegen Anlage eines Brunnens auf bem Grundstücke Nr. 183/4; — 14) Rechnung über die Ziegelei-Verwaltung p. 1863.

Thorn, den 22. Januar 1866.

Der Vorsteher **Kroll**.

Bekanntmachung.

Am 3. Februar 1866
Vormittags 10 Uhr

sollen auf dem Gehöfte des adligen Gutes Nawra 150 Stück Schaafe meistbietend gegen gleich baare Bezahlung verkauft werden.

Thorn, den 13. Januar 1866.

Königliches Kreis-Gericht.
1. Abtheilung.

Beachtungswerth!

Von einem berühmten Berliner Hanse habe ich auf kurze Zeit eine sehr große Auswahl von

Stereoskop- u. Visitenkartenbildern

erhalten. Außer Genre- und classischen Vis.-Karten-Bildern, sind besonders die schönsten und besten Stereoscopbilder von Berlin, Harz, Dresden, Rhein, Paris, Schweiz, Pyrenäen, Italien, (Venedig, Rom und Neapel) sowie eine Menge Gruppen empfehlenswerth. Ich verkaufe zum Fabrikpreis.

C. W. Klapp
Altst. Markt neben der Post.

Bekanntmachung.

Die von uns bestellten Vormünder fordern wir hierdurch auf,

die Erziehungsberichte pro 1865 bis Ende März d. J. schriftlich oder mündlich zu Protokoll zu erstatten.

Die in dem Gerichtsbezirke von Culmsee und Schönsee wohnenden Vormünder haben die Erstattung der gedachten Berichte auf den Gerichtstagen zu bewirken resp. die Berichte dort einzureichen.

Die säumigen Vormünder werden, auf ihre Kosten, zu einem besondern Termine vorgeladen werden.

Thorn, den 13. Januar 1866.

Königliches Kreis-Gericht.

Königl. Preußische Lotterie-Loose

zur bevorstehenden Ziehung **der zweiten Klasse am 6. Februar** verkauft, um **den Käufern zu dieser Klasse** eine Entschädigung für die nichtgespielte erste Klasse zu gewähren, zu nachfolgenden ermäßigten Preisen:

Das ganze Loos	für	30	Thlr.	20	Sgr.
„ halbe	„	„ 15	„	10	„
„ viertel	„	„ 7	„	20	„
„ achtel	„	„ 3	„	25	„
„ 1/16	„	„ 2	„	—	„
„ 1/32	„	„ 1	„	—	„
„ 1/64	„	„ —	„	15	„

und versendet **alles auf gedruckten** oder **Antheilscheinen**, gegen Postvorschuß oder Einsendung des Betrages, der

Kaufmann **Meyer,**
Staats-Effekten-Handlung
Stettin, Schuhstr. Nr. 4.

Heute 6 Uhr Abends
frische Grützwurst
Rudolph, Breitestr. 459.

Als Aufsichts- und Verwaltungsbeamter über ein bedeutendes Ziegelei-Etablissement wird ein solider an Thätigkeit gewöhnter, sicherer Mann gesucht. Der Verwalter braucht Fachkenntnisse nicht zu besitzen, doch müßte derselbe mit der einf. Buch- und Cassenführung Bescheid wissen. Bei selbstständiger dauernder Stellung gewährt der Herr Besitzer ein Jahreseinkommen von 600 Thlr., freie Wohnung 2c.

Reflectanten belieben sich zu wenden an den Beauftragten **L. F. W. Körner,** Kaufmann.
Berlin, Puttkammer-Str. 14.

Die Lungenschwindsucht

wird naturgemäß, ohne jede innerliche Medizin geheilt: Adresse: W. 25 poste restante Heidelberg. (Franco gegen franco.)

Hermann Wechsel in Culmsee

empfiehlt sein assortirtes Lager in Staabeisen, Kurzeisen und Messingwaaren
so wie
Colonialwaaren u. Cigarren
zu billigsten Thorner Preisen.

Alle Sorten Stroh-Panama und Filzhüte lasse ich waschen, färben und modernisiren. Um baldige Einlieferung bittet
Carl Mallon.

Petroleum wasserhell à Quart 10 Sgr. empfiehlt **A. Wulf.**

Preßhefe aus meiner Fabrik wird nur verkauft in den Geschäften von **Dammann & Kordes,** sowie **A. Raatz.**
A. Jaster.

Eine Baustelle auf der Bromberger Vorstadt verkauft **A. Jaster.**

Dezimalwaagen werden schnell und gründlich reparirt und regulirt bei
Putschbach,
Schlossermeister.

Von dem Gründungscomité der in Thorn unter der Firma

v. Donimirski, Kalkstein, Lyskowski & Comp.

projectirten **Credit-Bank auf Aktien** autorisirt, erlaube ich mir ergebenst anzuzeigen, daß bei mir der Prospect zu diesem Unternehmen zur Einsicht und Disposition vorhanden ist, und daß ich zur Entgegennahme von **Aktien-Zeichnungen** bereit bin.

Thorn, den 22. Januar 1866.

Moritz Meyer.

Einem geehrten Publikum Thorns und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich am hiesigen Platze

440 Breite-Strasse 440.

eine Cigarren, Tabak & Schreibmaterialien-Handlung

nebst allen in dieses Fach einschlagenden Artikeln unter der Firma

Wolff H. Kalischer

etablirt habe.

Indem ich mein Unternehmen angelegentlichst empfehle, versichere ich stets reelle Bedienung und empfehle gleichzeitig mein **bedeutendes Lager Parafin- u. Stearin-Kerzen in guter Qualität à 6 Sgr. per Pack.**

Bei Abnahme von 50 Pack gebe ich 5 % und bei 100 Pack 10 % Rabatt.

Wolff H. Kalischer.

Unterricht in der Buchführung.

M. letzter diesjähr. Lehrkursus beginnt in 8 Tagen. Reflecti wollen sich baldgef. melden.
Louis Sachse, Breitestr. 457. Eing. v. d. Mauer.

Zahnarzt H. Vogel aus Berlin

wird Ende März bestimmt in Thorn zu consultiren sein.

Feinen Zucker in Broden,
Gute abgelagerte Cigarren
empfiehlt billigst
Herrmann Cohn.

Magenleiden.

Ist der Magen krank, so wird bald der ganze Körper leiden, denn es kann ohne die Magenthätigkeit die Verdauung sich nicht fortentwickeln. Leicht verdaulich und höchst nährend zugleich ist das Hoff'sche Malzextrakt-Gesundheitsbier, weshalb es sich nach ärztlichem Ausspruch als vorzüglichstes Diätmittel für solchen Fall empfiehlt. Den praktischen Beweis legen wir in folgendem Schreiben erneuert dar:

An den Hoflieferanten Herrn Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstraße 1.

Berlin, den 28. Oktober 1865.

„Geehrter Herr! Da mein Mann jetzt so leidend am Magen ist, und ihm die Carlsbader Kur, keinen so guten Erfolg in diesem Jahre angedeihen ließ, so ersuche ich E. W. mir heut noch ein Quantum Ihres besten Bieres gegen Magenleiden zu senden. — Meinem Kleinen, der es vor 2 Jahren lange Zeit trank, hat es auch gut gethan 2c."

Frau Schäfer, Krautstr. 8 pt.

Von dem prakt. Arzt Dr. A. Groß aus Duna Földvar erhielten wir folgendes ähnliches Schreiben: „Auf Grund oftmaliger Anempfehlungen habe ich Ihr Malzextrakt bei einer Dame, die an Verdauungsschwäche litt und sehr entkräftet war, in Anwendung gebracht, und macht es mir Vergnügen, Ihnen Namens derselben für dieses Heilmittel, welches ich Jedermann gewissenhaft anempfehlen werde, den besten und innigsten Dank auszudrücken."

Dr. A. Groß, praktischer Arzt.

Niederlage in Thorn bei
H. Findeisen.

Bestes trockenes Düngergypsmehl empfiehlt, um damit zu räumen, billigst.
Hermann Wechsel
Comptoir Altstadt 233 am Bromberger Thor.

Auction

von Möbeln, Donnerstag, den 25. d. Mts. Morgens 9 Uhr am weißen Thor Nr. 72 zwei Treppen hoch.

Möbl. Zimmer verm. **W. Henius.**

Petroleum wasserhell à 10 Sgr. p. Qrt., gelblich à 9 Sgr. p. Qrt.
L. Sichtau.

Gegen Zahnschmerz

empfiehlt zum **augenblicklichen** Stillen Apotheker „**Bergmann's Zahnwolle**" à Hülse 2½ Sgr.
C. W. Klapp.
Altstädt. Markt neben der Post

Violin-Unterricht

ertheile ich in und außer dem Hause billigst. Bäckerstraße Nr. 259 neben der höheren Töchterschule
C. Fleischer.

Heute Abend
frische Grützwurst bei **Tonn.**

Ein großer Goldrahmen-Spiegel nebst Consôle mit Marmorplatte, sowie Küchenspind und Tisch sind für die Hälfte des Werthes zu verkaufen durch **D. G. Guksch.**

Getreideschaufeln Schock und dutzendweise offerirt zu außergewöhnlich billigen Preisen
C. B. Dietrich.

Einen Sohn ordentlicher Eltern nehme ich als Lehrling an.
Putschbach,
Schlossermeister.

Von den wöchentlich regelmäßig für mich eintreffenden Sendungen **bester oberschlesischer Maschinenkohlen** offerire ich ab Bahnhof Thorn die Last mit 19 Thlr. Ganze Waggonladungen verhältnißmäßig billiger.

Den Scheffel liefere ich für 10 Sgr. prompt ins Haus.

Thorn, den 26. Dezember 1865.
C. B. Dietrich.

Ein gut möblirtes Vorderzimmer nebst Kabinet, Burschengelaß und Pferdestall ist vom 1. April zu vermiethen. **J. Liebig.**

Junge Leute finden Wohnung und Beköstigung Gerstenstr. 96.

Stadttheater in Thorn.

Donnerstag, den 25. Januar. „Benefiz und Gastspiel des Oberregisseurs Herrn **Adolph Blattner. Zum ersten Male. „Ludwig der Eiserne, oder: das Wundermädchen aus der Ruhl."** Romantisches Volksschauspiel in 5 Akten und 10 Bildern von Alexander Rost.

Die Direktion.

Es predigen:

In der neustädtischen evangelischen Kirche.
Mittwoch, den 24. Januar, Abends 6 Uhr Bibelstunde Herr Pfarrer Schnibbe.

Telegraphische Depesche.

Krakau, den 22. Januar. Das Eis der Weichsel bei Podgorsze ist am 21. Januar früh mit 2 Fuß 7 Zoll über Null gebrochen und abgegangen. Der Verlauf günstig, das Wasser im Fallen.

Verantwortlicher Redakteur Ernst Lambeck. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei.